

# SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach  
BBPIG-Vorhaben 4, HGÜ-Verbindung Wilster - Bergtheinfeld/West  
Leitung-Nr.: LH-16-10001 / LH-16-10002

Vorhabenträger:



Ersteller:



ARGE Arcadis | Bernard GbR  
c/o Arcadis Germany GmbH  
Europaplatz 3  
64293 Darmstadt

Dokumentenzählnr.: A100-AGA-008586-MA-DE

## Planänderung

**Planfeststellungsabschnitt B2  
von km 0+000 bis 66+254**

**Unterlagen nach § 21 NABEG**

**Teil A00  
Erläuterungsbericht zur Planänderung I**

00	18.06.2025	Planänderung I	NolBHe	ThiMarc	MauChr
<b>Vers.</b>	<b>Datum</b>	<b>Ausgabe</b>	<b>Erstellt</b>	<b>Geprüft</b>	<b>Freigegeben</b>

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Abkürzungsverzeichnis.....	3
Einleitung .....	4
1.1 SuedLink.....	4
1.2 Einordnung der Unterlage .....	4
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	4
2 Genehmigungrechtliche Einordnung.....	5
2.1 Vorausgegangene Planungsschritte.....	5
2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG und Anhörungsverfahren nach § 22 NABEG .....	5
2.1.2 Feststellung des Plans nach § 24 NABEG.....	5
2.2 Rechtliche Grundlagen.....	5
3 Beschreibung der geänderten Planungen .....	7
3.1 Veranlassung .....	7
3.2 Kennzeichnung .....	7
3.3 Planänderungen.....	7
3.3.1 Ökokonten.....	7
3.3.2 ACEF 23.....	7
3.3.3 ACEF 24.....	8
3.3.4 ACEF 25.....	8

## Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
AG	Arbeitsgruppe
AVZ	Allgemeinverständliche Zusammenfassung
BBPIG	Bundesbedarfsplangesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
GIS	Geographisches Informationssystem
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
TEN-E-VO	Transeuropäische Netze – Energie - Verordnung

## Einleitung

### 1.1 SuedLink

SuedLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes, dass als Erdkabelverbindung geplant wird. SuedLink besteht aus je einer Verbindung zwischen Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Großgartach in Baden-Württemberg (diese Verbindung wird in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG) als „Vorhaben Nr. 3“ geführt) sowie zwischen Wilster in Schleswig-Holstein und Bergheimfeld/West in Bayern (diese Verbindung wird in der Anlage zum BBPIG als „Vorhaben Nr. 4“ geführt). Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gestellt wurden. Die Planfeststellungsverfahren werden für die beiden genannten Vorhaben im Bereich der Stammstrecke verfahrensrechtlich verbunden. SuedLink ist in 15 Planfeststellungsabschnitte unterteilt. Die gegenständliche Unterlage ist Bestandteil der Unterlagen gem. § 21 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt B2.

Für weitergehende Informationen zu SuedLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 0 ff im Teil A01 der Unterlagen gem. § 21 NABEG verwiesen.

### 1.2 Einordnung der Unterlage

Das vorliegende Dokument Teil A00 „Erläuterungsbericht zur Planänderung“ wird mit Einreichung zum Bestandteil der Unterlagen gemäß § 21 NABEG für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt B2, mit der der Vorhabenträger eine beabsichtigte Änderung des bereits festgestellten Plans anzeigt.

### 1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokumentes ist eine Beschreibung und Erläuterung der beabsichtigten Planänderungen.

## **2 Genehmigungrechtliche Einordnung**

### **2.1 Vorausgegangene Planungsschritte**

#### **2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG und Anhörungsverfahren nach § 22 NABEG**

Die Bundesnetzagentur hat die nach § 20 NABEG vorgesehene Antragskonferenz als schriftliches Verfahren gemäß § 5 Absatz 6 des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) durchgeführt. Auf Grundlage der Ergebnisse des schriftlichen Verfahrens gemäß § 5 PlanSiG hat die Bundesnetzagentur am 11. August 2021 einen Untersuchungsrahmen für die Planfeststellung festgelegt. Sie gibt damit den Inhalt des Plans und der weiteren Unterlagen vor, die der Vorhabenträger vorzulegen hat. Am 29. September 2023 wurden die Planfeststellungsunterlagen nach §21 NABEG bei der Bundesnetzagentur eingereicht.

Gemäß § 22 NABEG beteiligte die Bundesnetzagentur im Rahmen des Anhörungsverfahrens nach erfolgter Vollständigkeitsprüfung die Träger öffentlicher Belange, die Vereinigungen sowie die allgemeine Öffentlichkeit. Vom 27. November 2023 bis zum 29. Januar 2024 konnten Einwendungen gegen den in elektronischer formveröffentlichten Plan erhoben werden. Am 25. Juni 2024 diskutierte die Bundesnetzagentur bei einem nichtöffentlichen Erörterungstermin die rechtzeitig erhobenen Einwendungen und Stellungnahmen.

#### **2.1.2 Feststellung des Plans nach § 24 NABEG**

Am 28.02.2025 wurde der Planfeststellungsbeschluss (GEZ. 804- 6.07.01.02/3-2-6 #24) von der Bundesnetzagentur an die Tennet TSO GmbH übergeben.

### **2.2 Rechtliche Grundlagen**

Für die Planänderung ist die Durchführung eines erneuten Planfeststellungsverfahrens nicht erforderlich. Gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG kann bei unwesentlichen Änderungen eines Plans von einem Planfeststellungsverfahren abgesehen werden, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben.

Eine Änderung wird von der Rechtsprechung dann für unwesentlich erachtet, wenn die mit der Planung verfolgte Zielsetzung unberührt bleibt und wenn die beabsichtigte Änderung die bereits getroffene Abwägung aller einzustellenden Belange in ihrer Struktur unberührt lässt; das wird stets der Fall sein, wenn Umfang und Zweck des Vorhabens unverändert bleiben und wenn zusätzliche belastende Auswirkungen von "einigem" Gewicht sowohl auf die Umgebung als auch hinsichtlich der Belange einzelner auszuschließen sind (BVerwG, Urteil vom 20. Oktober 1989 – 4 C 12/87 –, BVerwGE 84, 31-49, Rn. 27 zu § 18c Abs. 2 FStrG a. F.; BVerwG, Urteil vom 16. Mai 2018 – 9 A 4/17 –, BVerwGE 162, 102-114, Rn. 38). Ein Fall, der bereits aufgrund rechtlicher Vorgaben regelmäßig zur Wesentlichkeit einer Änderung führt, ist deren UVP-Pflichtigkeit. Hierfür spricht – neben verfahrensrechtlichen Zwängen – auch der Umstand, dass von derartigen Vorhaben regelmäßig entsprechende Auswirkungen zu erwarten sein dürften. Ist ein Änderungsvorhaben UVP-pflichtig, kommt ein Planverzicht nach § 76 Abs. 2 VwVfG nicht in Betracht (Wickel, in: HK-VerwR, 5. Aufl. 2021, VwVfG § 76 Rn. 25).

Ausgehend von diesem Maßstab ist die vorliegende Planänderung als unwesentlich im Sinne des § 76 Abs. 2 VwVfG einzustufen. Für die Änderung ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich.

Die Vorhaben in ihrer Gesamtheit sind UVP-pflichtig gemäß § 6 UVPG i.V.m. Nr. 19.11 der Anlage 1 zum UVPG. Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 2 UVPG ist eine Änderung solcher Vorhaben UVP-pflichtig, wenn eine allgemeine Vorprüfung ergibt, dass die Änderung zusätzliche erhebliche nachteilige oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann. Die hier durchgeführte allgemeine Vorprüfung hat ergeben, dass derartige Umweltauswirkungen aufgrund der Änderung nicht zu erwarten sind. Wegen der Einzelheiten wird auf die als Anhang 01 beigefügte allgemeine Vorprüfung verwiesen. Auch im Übrigen ist nicht ersichtlich, dass die Struktur der bereits getroffenen Abwägung berührt würden. Umfang und Zweck der Vorhaben bleiben erhalten, zusätzliche Auswirkungen von einigem Gewicht sind nicht erkennbar.

Für einen Planverzicht verlangt § 76 Abs. 2 VwVfG weiterhin, dass die Belange anderer nicht berührt werden oder die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben. Unter „Belangen anderer“ sind (abwägungserhebliche) private (d. h. nicht öffentliche), eigene Interessen Dritter zu verstehen. Auf den (formal-)rechtlichen Schutz des jeweiligen Interesses kommt es hierbei nicht an. Die Belange anderer sind berührt, wenn Dritte in ihren Interessen erstmals, stärker als bisher oder anders als bisher betroffen sind (Neumann/Külpmann, in: Stelkens/Bonk/Sachs, 10. Aufl. 2022, VwVfG § 76 Rn. 21; Deutsch, in: NK-VwVfG, 2. Aufl. 2019, VwVfG § 76 Rn. 45).

Auch diese Voraussetzung ist hier erfüllt. Die Einverständniserklärung der unteren Naturschutzbehörde Region Hannover liegt vor. Mit den Bewirtschaftern wurden Verträge geschlossen.

### **3 Beschreibung der geänderten Planungen**

#### **3.1 Veranlassung**

Im gemeinsamen Suchraum der A<sub>CEF</sub> 24 und der A<sub>CEF</sub> 25 konnten für A<sub>CEF</sub> 24 nur 2 ha und für A<sub>CEF</sub> 25 keine Flächen gesichert werden. Es gab keine weitere Bereitschaft der Nutzungsberechtigten Flächen innerhalb des Suchraums bereit zu stellen.

Für die Anbringung der Vogelnistkästen (A<sub>CEF</sub> 23.1) und Fledermauskästen (A<sub>CEF</sub> 23.2) wurden nicht alle Flurstücke, die im LBP-Bericht als Suchraum angegeben sind, genutzt. Die genaue Berechnung nach BKompV des Ökokontos der Maßnahme E27.1 lag zum Zeitpunkt der Unterlageneinreichung nicht vor. Vertragliche Sicherung nur für Ökokonten E27.1 und E27.5 noch ausstehend, daher sind Änderungen dort möglich gewesen.

#### **3.2 Kennzeichnung**

Alle Änderungen im LBP-Bericht und im Anhang 02 „Maßnahmenblätter“ wurden durchgestrichen und in Blau markiert, neue Textteile wurden hinzugefügt und ebenfalls blau eingefärbt. In Anlage 01 „Maßnahmenplan“ sind die neuen Flächen mit einer blauen Umrandung dargestellt. Nicht genutzte Suchräume entfallen und werden nicht mehr dargestellt. Es wurden zudem neue Kartenblätter hinzugefügt, die mit einem blauen Rahmen versehen sind.

#### **3.3 Planänderungen**

##### **3.3.1 Ökokonten**

Die genaue Berechnung nach BKompV für das Ökokonto der Maßnahme E27.1 lag zum Zeitpunkt der Unterlageneinreichung nicht vor. Um den Wertpunktbedarf von 203.703 WP nach BKompV für den Naturraum Weser-Aller-Tiefland zu erreichen werden 2,5 ha Fläche benötigt. Angegeben war diese Fläche mit „mind 1,6 ha“ in den PFU. Aufgrund des Mehrbedarfs von 0,9 ha Fläche, um die entsprechende Anzahl Ökopunkte aufzuwerten, sinkt die Notwendigkeit das Ökokonto der Maßnahme E27.5 mit einer Fläche von 2,3 ha zu erwerben, entsprechend um diese Differenz.

Um sowohl die Kompensationsbedarfe für die Naturräume, die Gehölzbiotope, als auch für Bodenarchivfunktion zu decken, und gleichzeitig Überkompensation und finanziellen Aufwand zu minimieren, wurde die Maßnahme E27.1 erweitert und die Maßnahme E27.5 dementsprechend reduziert. Über die Maßnahme E27.1 wird gleichzeitig der Kompensationsbedarf Gehölzbiotope (80.041 WP) abgedeckt, wodurch eine Fläche von 1 ha noch dazukommt. Der restliche Flächenbedarf von 0,4 ha, um den Gesamtbedarf von 10 ha zu erfüllen, wird von der Maßnahme E27.5 abgedeckt, wodurch noch 21.000 WP für den Naturraum Börde erworben wurden, bei einem Restbedarf von 17.815 WP. Die Änderungen sind mit der UNB Region Hannover abgestimmt.

##### **3.3.2 ACEF 23**

Die im Teil I LBP Bericht Anhang 02 aufgeführten Suchräume wurden größtenteils nicht genutzt, da keine Zustimmung von den Bewirtschaftern vorliegt und entfallen somit. Die Maßnahme wurde nur auf vier Flurstücken umgesetzt, welche insgesamt in drei Suchräumen verortet sind. Die Änderungen sind mit der UNB Region Hannover abgestimmt.

### 3.3.3 ACEF 24

Es konnten von dem benötigten Gesamtbedarf von 15,9 ha (Blühstreifen inklusive Schwarzbrachestreifen) nur rd. 2 ha innerhalb des Suchraums gesichert werden. Es gab keine weitere Bereitschaft der Nutzungsberechtigten. Insgesamt konnten vertraglich mit den Nutzungsberechtigten rd. 22,9 ha gebunden werden. Diese wurden zwischen dem Wegerecht und den Fachplanern auf Eignung abgestimmt. Auch die Zuschnitte der Flächen waren nicht weiter verhandelbar. Um den fachlichen Vorgaben der Planfeststellung Rechnung zu tragen, wurden neben 5,7 ha mit vollständiger Einhaltung der Vorgaben weitere, arrundierte „Nebenzone“ mit einem Umfang von 17,2 ha einbezogen. Da diese nicht immer alle Vorgaben an die Maßnahmenumsetzung vollständig einhalten, werden sie mit einem fachgutachtlich konservativ eingeschätzten Reduktionsfaktor von 25 % bezüglich des Steigerungspotenzials zusätzlicher Reviere in Ansatz gebracht. Daraus ergibt sich ein funktionaler Flächenumfang von 18,6 ha (5,7 ha zu 100 % und 17,2 ha reduziert um 25 % = 12,9 ha).

Der Bedarf wird für 159 Reviere der Feldlerche und einem Faktor von 0,1 ha pro Revier mit 15,9 ha in Ansatz gebracht<sup>1</sup>. Die Anzahl Reviere ergibt sich aus der Kartierung (Korridorerofassung mit Probeflächenansatz sowie Revierdichteabschätzung im Zuge der Habitatpotenzialanalyse / Übertragungsmethodik Fauna (PFU Teil L05. Anhang 15, S. 65). Bezogen auf den funktionalen Maßnahmenumfang von 18,6 ha ergibt sich ein Überhang von 2,7 ha. Diese Flächenmehrung trägt der VHT, um den ermittelten Maßnahmenumfang realisieren zu können. Es wurden 12 Blühstreifen angelegt, wobei sich 11 davon auf Flächen befinden, die nicht in den ursprünglichen Suchräumen verortet sind. Die Änderungen sind mit der UNB Region Hannover abgestimmt.

### 3.3.4 ACEF 25

Die vorgezogene Ausgleichsmaßnahme ACEF 25 (Grünlandextensivierung für die Zielart Kiebitz) kann nicht eigenständig durch den Vorhabenträger umgesetzt werden. Die Nutzung externer Flächen ist erforderlich. Es konnten von dem für die Maßnahme benötigten Gesamtbedarf von 25 ha keine Flächen innerhalb des in den Planfeststellungsunterlagen ausgewiesenen Suchraums gesichert werden. Es gab keine weitere Bereitschaft der Nutzungsberechtigten.

Insgesamt konnten vertraglich mit den Nutzungsberechtigten rd. 9,9 ha außerhalb dieses Suchraums gebunden werden. Innerhalb dieser Flächen besitzt die Maßnahme eine vollständige Wirksamkeit auf 4,0 ha, nach Abzug des Nahbereichs randlicher Gehölze mit einer reduzierten Wirksamkeit für Brutvögel des Offenlandes. Die ideale Größe von 10 ha pro Maßnahmenfläche konnte nicht gesichert werden. Die drei Teilflächen stellen aus fachgutachterlicher Sicht eine geeignete Minderungsmaßnahme im Sinne des § 43m EnWG (EU-Notfallverordnung) i. V. m. dem Regiedokument dar.

Eine Dokumentation zum Nachweis der Nichtverfügbarkeit der 25 ha innerhalb dieses Suchraums ist gegenüber der Bundesnetzagentur erfolgt. Die Änderung der Minderungsmaßnahme gem. § 43m Abs. 2 S. 1 EnWG ist mit der UNB Region Hannover abgestimmt. Die gesicherten Flächen außerhalb dieses Suchraums sind zusammen mit den nicht verfügbaren Flächen in der Dokumentation zum Nachweis der Nichtverfügbarkeit aufgelistet.

---

<sup>1</sup> Richarz et al. (2010) Grundlagen zur Umsetzung des Kompensationsbedarfes für die Feldlerche (*Alauda arvensis*) in Hessen. Hessisches Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen, Wiesbaden. S. 15